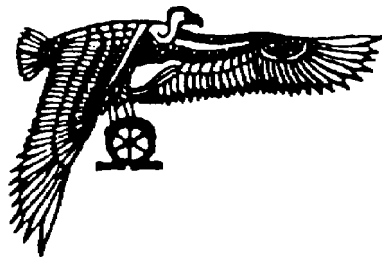


Dieter Rüggeberg

Geheimpolitik-3

Wege zum Untergang



Rüggeberg-Verlag <> Wuppertal

**© 2005 Rüggeberg-Verlag
Postfach 130844
D-42035 Wuppertal**

Vervielfältigung ohne Sinnentstellung und mit Angabe der Quelle gestattet.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Grundgesetz	5
Kleingeld (Subventionen)	9
Sozial und asozial	11
Rentenbetrug	14
Deutschland und das Völkerrecht	16
Sozialismus – Kapitalismus – Asozialismus	19

Vorwort

Geboren im Jahre 1937 bin ich inzwischen Rentner geworden. Aus den Regierungserklärungen im Herbst 2005 kann ich nun entnehmen, dass die Möglichkeit besteht, dass die Renten in den kommenden Jahren so weit gekürzt werden, bis ich in der Sozialhilfe lande. Zwei kleine Rentenkürzungen habe ich schon hinnehmen müssen. Zum Glück habe ich noch zusätzlich mein Verlagsgewerbe, das ich wohl nun vorsichtshalber bis zu meinem Tode fortführen werde.

Aus diesem Grunde habe ich mich entschlossen, noch einige Ergänzungen bzw. Verdeutlichungen zu meinen beiden Bänden über Geheimpolitik den Bürgern von Deutschland zur Kenntnis zu bringen. Dies in der Hoffnung, dass irgendwann einmal eine oppositionelle Gruppe die Begriffe Menschenwürde, Menschenrechte, Solidarität und soziale Gerechtigkeit wirklich ernst nimmt und gegen asoziale Politik zur Tat schreitet.

Dabei konzentriere ich mich auf diejenigen Sachverhalte, welche nach meiner Meinung von überragender Bedeutung für die Sanierung und Erhaltung des deutschen Staates sind. Diskussionen über die Einsparung von 1-2 Milliarden Euro sind nur Augenwischerei und werden nicht ausreichen zur Gesundung des sozialen Organismus. Diesbezüglich verweise ich insbesondere auf das Kapitel „Kleingeld“.

Das Schicksal war mir wieder einmal hold und gab mir ein paar Bücher in die Hand, die sich hervorragend als Ergänzung zu meiner „Geheimpolitik“ eignen. Es handelt sich um die Werke „Kreide für den Wolf „ und „Die belogene Generation“ von Roland Baader. In den genannten Büchern zeigt R. Baader auf, wie Deutschland mit Hilfe sozialistischer Methoden in die Vernichtung getrieben wird. Leider ist ihm meine „Geheimpolitik“ unbekannt, worin ich aufzeigen konnte, aus welcher machtpolitischen Ecke der Sozialismus gesteuert wurde und wird.

Aus diesem Grunde werde ich dieser Studie ein Kapitel über Sozialismus in Form einer Bücherbesprechung beifügen. Dies in der Hoffnung, dass es doch noch gelingt eine Opposition gegen gewisse verbrecherische Pläne zu mobilisieren.

Wuppertal, 4. Januar 2006

Dieter Rüggeberg

GRUNDGESETZ

für die Bundesrepublik Deutschland

vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1) zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. September 1990 in Verbindung mit Einigungsvertrag vom 31. August 1990 (BGBl. II S. 885, 890)

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.

Kommentar:

Bezeichnenderweise beginnt das Grundgesetz mit einer Lüge, denn das Volk wurde überhaupt nicht gefragt!

*

I. Die Grundrechte

Artikel 1

Schutz der Menschenwürde

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Kommentar:

Der Begriff und der Umfang der Menschenwürde ist nicht definiert. Die Frage steht also im Raum: Woraus leitet sich die Menschenwürde der Grundgesetzverfasser her? Aus ihrem Weltbild, ihrer Religion, ihrer politischen Partei? Wo beginnt die Menschenwürde und wo endet sie?

Es gibt heutzutage Menschen, die ihre Würde vom Urknall, vom Affen herleiten, aber auch solche, die sie von Gott herleiten. Diese gewaltigen Unterschiede zeigen deutlich, dass der Begriff der Menschenwürde im Grundgesetz auf wackeligen Füßen steht.

Dasselbe gilt für den Begriff der Menschenrechte:

„Menschenrechte, die angeborenen, unveräußerlichen und unantastbaren Rechte und Freiheit des Einzelnen gegenüber staatlichem Eingriff. Die staats- und rechtsphilosophische Wurzel ist das Naturrecht. Die Menschenrechte werden in den modernen Verfassungen als ‘Grundrechte’ gewährleistet, so in der Bundesrepublik Deutschland in Art. 1 GG. (Lexikon, Lingen-Verlag 1974)

Artikel 7 — Schulwesen

(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.

(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.

Kommentar:

Wie herrlich! Nachdem man gerade die schmerzlichen Erfahrungen des Hitlerstaates mit seinem zentralisierten Erziehungssystem hinter sich hatte, machte man in derselben Art weiter. Der Staat hat in der Erziehung überhaupt nichts zu suchen, wie Rudolf Steiner schon 1919 in seiner „Dreigliederung des sozialen Organismus“ dargelegt hat, denn er hat kein Interesse an ‘mündigen Bürgern’, sondern nur an politischen Dummköpfen. Die Ergebnisse der Pisa-Studien sind der beste Beweis für diese Behauptung.

Außerdem, wer ist hier der Staat? Solange Deutschland seine Souveränität nicht zurückbekommt, bestimmen hier die alliierten Besatzungsmächte über die Lehrinhalte! Und welche Wahrheiten in Deutschland nicht gelehrt werden dürfen, das weiß jeder, der sich mit Hintergrundpolitik auskennt. Volksverdummung ist angesagt! Es wäre ja gelacht, wenn man nicht mit Hilfe moderner Psychologie im Laufe von einigen Jahrzehnten aus einem mutigen Kulturvolk ein feiges Narrenvolk machen könnte.

Zu (2): Seit wann bestimmen die Eltern, was ihren Kindern in der Schule gelehrt wird? Das ist schwachsinnig! Solche Sätze können nur von Leuten stammen, die nicht nur von allen religiösen

Geistern verlassen sind, sondern die auch ihre Unfähigkeit offenlegen, einen den modernen Gegebenheiten der Welt angepaßten Religionsunterricht zu vermitteln. Solche Sätze können nur von Menschen stammen, die das Volk bewußt von einer Vertiefung ethischer Begriffe fernhalten wollen. Das nennt man in der geheimen Fachsprache „Charakterwäsche“! Ich habe übrigens nie vernommen, dass die christlichen Kirchen gegen diesen Paragraphen ernsthaft protestiert hätten — sehr merkwürdig.

Kommentare von Urs Bernetti:

S. 44: Der Alte Fritz würde sich im Grabe umdrehen ob solcher Sonderbehandlung.

46 (4): Jedes Strafverfahren und jedes Verfahren gemäß Artikel 18 gegen einen Abgeordneten, jede Haft und jede sonstige Beschränkung seiner persönlichen Freiheit sind auf Verlangen des Bundestages auszusetzen.

Es ist unglaublich, wie sich die Mitglieder des Bundestages abgesichert haben, nicht etwa nur gegen die Missgeschicke des Alltags, sondern dagegen, für ihre Handlungen selbst einstehen zu müssen. Dies verletzt nicht nur den Grundsatz, dass alle vor dem Gesetz gleich sind, es verhöhnt auch die Gerichte.



S. 61: 139 (): Die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“, erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.

Hier ist mit keinem Wort gesagt, welche und wessen Rechtsvorschriften: vom Grundgesetz nicht berührt sind. Die gerichtliche Übung und die Rechtsprechung haben jedoch gezeigt, dass es eine der Öffentlichkeit kaum bekannte und erinnerliche Sammlung von Rechtsvorschriften gibt, die vom Grundgesetz nun offenbar nicht berührt werden. Diese Vorschriften stehen somit über allem deutschen Recht. Sie werden hier nicht einmal annäherungsweise angeführt noch gar einzeln mit Paragraph und Absatz genannt. Restlos alles, was einst die Besatzungsmächte oder ihre Helfer verfügt haben, sei es zur Zeit des Dritten Reiches, in der Übergangszeit nach dem Kriege durch die Besatzungsmächte in den Besatzungszonen oder noch während des Bestehens der Bundesrepublik Deutschland, das alles ist nicht nur geltendes Recht: Es steht über allem Recht!

Jede noch so unbedeutende Verfügung der Siegermächte, und erst recht ihr durch das Londoner Abkommen vom 8. August 1945 beschlossenes Statut für den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg sprengt die betreffenden deutschen Gesetze einfach in die Luft, und zwar heute noch und wie es scheint, soll das für alle Zukunft gelten.

Damit ist insbesondere die sogenannte „Offenkundigkeit“ von Kriegsverbrechen des Deutschen Reiches und seiner Truppen und Behörden zum deutschen Gesetz der Gesetze geworden: Über die von den Siegermächten bezüglich der Kriegsverbrechen vorgebrachten Behauptungen ist danach kein Beweis erforderlich. Dasselbe gilt für die in jedem Staate der Vereinten Nationen „festgestellten“ Verbrechen der Deutschen.

Dies hat dazu geführt, dass in allen Gerichtsverhandlungen, die sich mit den Kriegsverbrechen oder auch mit der Frage ihrer tatsächlichen Begehung durch deutsche Personen oder Einrichtungen befassen, Beweise nicht nur nicht erforderlich sind: Gegenbeweise werden als gegen die „Offenkundigkeit“ verstossend zurückgewiesen. Die Offenkundigkeit schützt auch die Behauptungen über Kriegsverbrechen gegen das „Leugnen“, „Relativieren“ oder „Bagatellisieren“ dieser Verbrechen mittels bestimmter Strafgesetze.

Damit sind auf alle Fälle die Grundgesetzartikel 3, 4, 5, 8, 9, 10, 13, 17, 20 (2), 25, 33 (3) und 103 ausser Kraft gesetzt, und zwar für die Deutschen.

Die ausser Kraft gesetzten Grundgesetzartikel sind der Kern der in Artikel 79 für unantastbar erklärten Freiheitlichen Demokratischen Grundordnung, denn sie sind die bei weitem wichtigsten Grundrechte.

Die zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus ergangenen Rechtsvorschriften

haben schon à priori die Freiheitliche Demokratische Grund-Ordnung beseitigt. Eine Ordnung, die eine andere, übergeordnete Ordnung nicht berühren darf, ist keine Grundordnung und existiert deshalb nicht als solche.

Nur ein verschwindender Bruchteil der von den Alliierten Besatzungsmächten nach 1945 erlassenen Anordnungen ist überhaupt bekannt. Hiervon einige:

Der Drehpunkt sind die «Pariser Verträge» vom 5. Mai 1955. In ihnen sind die die Vorbehaltsrechte der Westalliierten, die aus dem «Deutschlandvertrag» (auch «Bonner Vertrag») vom 26. Mai 1952 stammen, nicht etwa, wie es etwa Brockhaus sagt, «erloschen». Sie sind als Rechte der Alliierten erloschen, aber als Verpflichtung auf die Bundesrepublik Deutschland übergegangen, wenn auch nicht alle. So sagt der Artikel «1» dieses «Vertrags aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen» deutlich: «Vom Kontrollrat erlassene Rechtsvorschriften dürfen weder aufgehoben noch geändert werden».

In Noten vom 26. Mai 1963 «ersuchten» die Westmächte, auch in Zukunft ihre Vorschriften nicht ausser Kraft zu setzen. Deshalb nennen sich zum Beispiel die Botschafter der drei Westmächte zwar inzwischen eben «Botschafter», aber sie haben immer noch den Status von «Hohen Kommissaren». Diese Hochkommissare haben zwar inzwischen einige Bestimmungen ausser Kraft gesetzt, sie aber nicht aufgehoben:

Das Gesetz über die Überwachung der naturwissenschaftlichen Forschung.

Teile des Gesetzes Nr. 10 über die Bestrafung der Kriegsverbrecher. Mit diesem Gesetz wurde die Bestrafung von Kriegsverbrechern der deutschen Justiz verpflichtend übertragen. Mit ihm haben aber die Westalliierten nicht grundsätzlich auf ihr Recht der Strafverfolgung verzichtet. Hieraus leitet sich die Aufhebung der 30-jährigen Verjährung von Mord durch Bundesgesetz ab.

S. 64: Soweit die öffentlich bekannten und besonders schweren Lasten aus dem Artikel 139. Versailles geht immer weiter.

Außer den hier aufgezählten Rechtsvorschriften gibt es noch eine ganz und gar grenzenlose Menge anderer, wie sie etwa ein alliierter Stadtkommandant 1945 in seiner ersten Sieges euphorie und seinem durch die Kriegspropaganda wohlgeschürten Hass auf die Besiegten aus verständlichen Gründen erlassen hat. Alle diese Hunderttausende von Vorschriften und Auflagen sind nach dem Grundgesetz deutsches Recht und werden von den anderen Artikeln des Grundgesetzes nicht berührt. Jeder Richter, jeder Politiker, jeder Angehörige der Siegermächte und ihrer Hintermächte braucht nur ein bisschen Quellenstudium zu betreiben, dann findet er bestimmt etwas, wogegen kein deutsches Kraut gewachsen ist. So muss das ganze Deutsche Volk heute jederzeit gewärtig sein, dass ihm aus irgendeiner Ecke eins über den Schädel gezogen wird.

Stark vereinfacht, aber nicht falsch, wäre die Feststellung: Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland besteht aus dem Artikel 139. Die anderen Artikel sind durch diesen einen ausser Kraft gesetzt. Jedenfalls für die Deutschen.

Als Herr Kohl nach der Teilwiedervereinigung die Westalliierten bat, doch bitte ihre Besatzung Deutschlands fortzusetzen, hätte er den Artikel 139 löschen lassen können. Vielleicht hatte er sein Grundgesetz gerade nicht unter dem Arm, oder er war gerade dabei, den Saum des Mantels der Geschichte zu erhaschen.

Gemäss Artikel 139 ist Deutschland trotz zweimaliger Erklärung, „jetzt“ ein souveräner Staat zu sein (1955 und 1990), nach wie vor besetztes Gebiet. Damit ist Deutschland aber nicht rechtlos. Oder doch? Der von mir hochverehrte General Moshe Dayan sagte dazu: *Ein Volk, das seine Rechte nicht wahrnimmt, hat keine.*

<>

S.137: Wie eine solche Verfassung zustandezukommen hat, steht genau und goldrichtig im Artikel 146: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“ (Das ist der ursprüngliche Wortlaut des Artikels).

Als die Bonner Vertreter aller möglichen Völker am 23. September 1990 in der Hast, welche das schlechte Gewissen des Lügners immer begleitet, diesen Artikel änderten, haben sie mit der Fest-

schreibung eines unvereinbaren Widerspruches ihre Lüge für alle Zeiten selbst dokumentiert.

In seiner neuen Fassung sagt der Artikel 146 jetzt:

„Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Das heisst aber nun (immer noch!), dass dieses Grundgesetz eben nicht in freier Entscheidung beschlossen worden ist, denn sonst müsste diese Bedingung für die künftige „Verfassung“ nicht gestellt werden. - Dass Deutschland eben nicht frei ist, denn sonst könnte das deutsche Volk seine Verfassung jetzt beschliessen. – Dass das Grundgesetz keine Verfassung ist. Dass also die neue Präambel lügt, wenn sie behauptet, das Deutsche Volk habe sich dieses Grundgesetz gegeben. - Dass schliesslich von einer „verfassungsmäßigen“ Ordnung in Deutschland heute keine Rede sein kann, denn eine solche Ordnung würde eine Verfassung voraussetzen, diese würde die freie Entscheidung des Volkes voraussetzen, und das alles ist heute nicht gegeben.

Lügen haben kurze Beine, und wer lügt, muss klüger sein als der Belogene. Was immer der Parlamentarische Rat damals getan hat oder tun musste: Gelogen haben diese Leute nicht. Die Staatslüge ist jüngerer Datums! Noch ist die Stunde der Wahrheit fern. Noch wird munter weitergelogen.

<<>>

Kleingeld

(aus der „Geheimpolitik“)

Wenn bei der Parteispendenaffäre von Millionen oder gar von zig Millionen die Rede ist, dann halten manche nicht unterrichtete Bürger das bereits für einen Skandal ersten Ranges. Dabei handelt es sich aber nur um die Spitze eines Eisberges, demgegenüber diese Summen nur Kleingeld sind. Der wahre Eisberg versteckt sich in den Subventionen dieser sogenannten Demokratie. Dazu hat das Institut für Weltwirtschaft in Kiel eine interessante Studie erstellt:

(Institut für Weltwirtschaft, Düsternbrooker Weg 120, D-24105 Kiel, Kieler Arbeitspapier Nr. 793)

„Subventionen in der Bundesrepublik Deutschland – Bestandsaufnahme und Bewertung, von Alfred Boss und Astrid Rosenschon, Januar 1997

S. 7: c. Vergleich der Ergebnisse

Der Subventionsbericht der Bundesregierung weist für das Jahr 1995 Subventionen in Höhe von 116 Mrd. DM aus (Tabelle 1), die VGR (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung) dagegen nur 75 Mrd. DM.

S. 16: Einer lückenlosen Erfassung aller Subventionen in der Bundesrepublik Deutschland stehen ein Mangel an Daten bzw. zu hohe Informationskosten im Wege.

Subventionspolitik bewegt gewaltige Finanzmassen

Die einzelnen Subventionen summieren sich zu einem Gesamtvolumen von 298 Mrd. DM im Jahr 1995 (Tabelle 6). Dies sind in Relation

- zum Bruttosozialprodukt (BSP) rund 8 ½ vH.
- zum Volkseinkommen rund 11 vH.
- zum Steueraufkommen rund 37 vH.
- zu den Verteidigungsausgaben 625 vH.

Der für das Subventionsvolumen in der Bundesrepublik Deutschland ermittelte Betrag von 298 Mrd. DM müßte wohl kräftig aufgestockt werden, wollte man eine vollständige Rechnung präsentieren. Über die Höhe des Aufschlags auf das quantifizierbare Subventionsvolumen kann man mangels Daten aber nur spekulieren. Nicht auszuschließen ist, dass das Subventionsvolumen einschließlich der nicht quantifizierbaren Subventionen im Jahr 1995 **eine Größenordnung von 370 Mrd. DM erreicht. Dieser Betrag entspricht dem gesamten Einkommensteueraufkommen** (Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Zinsabschlag, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag und Solidaritätszuschlag zusammen); in Relation zu dem Steueraufkommen sind es rund 45 vH.

Zu bedenken ist auch, dass mit der Subventionspolitik Verwaltungskosten entstehen. Die Verwaltungskosten des öffentlichen Sektors können aber nicht einzelnen Tätigkeiten zugerechnet werden.“ Das sind Summen, nicht wahr?

Die deutschen Abgeordneten waren natürlich ganz verrückt nach dieser Studie – ein einziger von ca. 600 hat sie tatsächlich angefordert! Das ist demnach hier die Milliardenfrage:

An wen werden hinter den Kulissen jedes Jahr ca. 250 Milliarden Mark verteilt? So etwas nennt man Subventionskorruption und Erpressungsbedienung. Der ‚Versailler Friedens-Vertrag‘, die UN-Feindstaatenklauseln, der ‚Deutschlandvertrag‘ und der ‚Zwei-plus-Vier-Vertrag‘ lassen grüßen!



Nun, ich hoffe, dass diese paar Seiten für den Leser wieder Grund zum Nachdenken sind. Die Welt der Politik ist kompliziert und ähnlich gelagert, wie Goethe seinen Mephisto artikulieren läßt:

“Was diese Wissenschaft betrifft,

Es ist so schwer, den falschen Weg zu meiden,

Es liegt in ihr so viel verborgnes Gift,

Und von der Arznei ist's kaum zu unterscheiden.
Am besten ist's auch hier, wenn Ihr nur *einen* hört
Und auf des Meisters Worte schwört.
Im ganzen – haltet Euch an Worte!
Dann geht Ihr durch die sichere Pforte
Zum Tempel der Gewissheit ein.”

Mephisto spricht hier zwar über Theologie, aber wie ich denke, paßt es auch zur Politik recht gut.

Bürger ohne politischen Führerschein sollten nicht wählen dürfen, denn wählen ist viel gefährlicher als Autofahren. Die Deutschen haben schon zu oft in den letzten hundert Jahren die falschen Politiker gewählt. Sie hatten viele Gelegenheiten zu lernen, aber sie wollen es einfach nicht.

Es dürfte auch dem Laien klar sein, dass sich in diesem Paket hunderte von Einzelposten verbergen. Bei den öffentlichen Diskussionen werden aber meistens nur einige wenige genannt, denn selbstverständlich sollen die naiven Wahlbürger überhaupt nicht erfahren, was hinter den Kulissen gespielt wird.

Wer die Vergangenheit mit Irrtümern und Lügen bewältigen will, wird einen positiven Lernprozeß für die Gegenwart und Zukunft verhindern und dazu beitragen, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen!

Das hier aufgezeigte Verhalten der verantwortlichen Politiker ist demnach:

1. Verlogen, Volksbetrug, somit gegen die Menschenwürde gerichtet (Art. 1 GG)
2. Amtsmissbrauch durch Beamte.
3. Bürgerfeindlich.
4. Umverteilung nach kommunistischem Muster.
5. Antidemokratisch.

Die Bürgerforderung lautet somit:

Offenlegung aller Subventionen in Form von computertauglichen Tabellen im Internet.

<<>>

Sozial oder asozial?

Motto:

Vor dem Gesetz ist fast jeder Bürger gleich!

Gegenwärtig werden wir Zeugen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs der Bundesrepublik Deutschland, nach dem Aufstieg zu Schlaraffenlandzuständen. An den Reaktionen und Taten der Verantwortlichen lassen sich hervorragende psychologische Studien durchführen, deshalb habe ich mich entschlossen, hier Teile aus meiner „Geheimpolitik“ einzufügen. In den Zeiten von Zusammenbrüchen kommen die Charaktereigenschaften der Verantwortlichen meistens ans Tageslicht. Insbesondere geht es um die Erkenntnis und Anwendung der Begriffe „sozial“ und „asozial“ oder „antisozial“. In meinem Lexikon suchte ich also die entsprechenden Begriffe heraus:

1. sozial (lat.): die Gesellschaft, Gemeinschaft betreffend, gesellschaftlich; gemeinnützig; menschlich, hilfsbereit.

2. asozial (gr.; lat.): gemeinschaftsfremd, gegen Einordnung in Gemeinschaften (in der Familie, am Arbeitsplatz usw.).

3. Der Begriff „antisozial“ wurde in meinem Lexikon nicht erklärt. Im sogenannten Umkehrschluß zum Begriff „sozial“ möchte ich ihn wie folgt definieren: gegen die Gesellschaft/Gemeinschaft gerichtet, unsozial, eigennützig, unmenschlich, egoistisch.

Die Begriffe sozial und asozial sind deshalb besonders interessant, weil man durch sie erkennen kann, dass die Charakterlage der für ein Land verantwortlichen Menschen entscheidend ist für den Aufstieg oder Niedergang ganzer Nationen. Diktatur oder Demokratie, Krieg oder Frieden, sie entwickeln sich analog zu den Charakteren der herrschenden Persönlichkeiten. Das ist ein großes Gebiet und soll hier nur angedeutet werden.

Das Grundgesetz scheint mir besonders geeignet, ein Licht auf die soziale Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland zu werfen. Das Motto sei: „Vor dem Gesetz ist jeder gleich!“, gemäß Artikel 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland:

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Ein mündiger Bürger muß selbstverständlich sozial und antisozial richtig unterscheiden können, wenn er den Suggestionen antisozialer Verführer nicht erliegen will. Wie wenig dies bis heute zumindest in der Bundesrepublik der Fall ist, dafür möchte ich ein Beispiel anführen, das für mich seit Jahren ein Stein des Anstoßes ist. Wenn man nämlich die sozialen Zustände in einem Lande im Sinne gewisser Geheimpläne gründlich ruinieren will, dann muß man zuerst dafür sorgen, dass innerhalb der Gesellschaft möglichst krasse soziale Unterschiede aufgebaut werden. In meiner „Geheimpolitik“ habe ich bereits darauf hingewiesen, dass die soziale Kastengesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland insbesondere durch die Gewerkschaften verwirklicht wird. Ein Grundprinzip besteht darin, dass man mit Hilfe von jährlichen prozentualen Lohn- und Gehaltserhöhungen die Unterschiede zwischen den Arbeitnehmern immer größer macht, um Neid und Mißgunst zu erzeugen und das soziale Gleichgewicht zu stören.

Angenommen, die Löhne und Gehälter sind in dreißig Jahren um hundert Prozent gestiegen, und der Arbeitnehmer A hatte zu Beginn halb so viel Verdienst wie der Arbeitnehmer B, dann wird die Richtigkeit meiner Behauptung sofort deutlich:

Arbeitnehmer:	A	B
Grundgehalt:	Euro 1.000	Euro 2.000
+ 100% Erhöhung in 30 Jahren	Euro 1.000	Euro 2.000
Gesamt:	Euro 2.000	Euro 4.000

Durch die prozentuale Erhöhung der Verdienste ist die Differenz zwischen den Gehältern der Arbeitnehmer A und B um tausend Euro gewachsen, ohne dass sich die individuelle Leistung der Arbeitnehmer verändert haben muß.

Die prozentuale Erhöhung der Löhne und Gehälter ist somit ein asoziales Mittel zur Erzeugung von sozialen Spannungen.

Bei einer linearen Anhebung der Löhne und Gehälter würde der Abstand der Grundgehälter immer gleich bleiben, nämlich tausend Euro. Dies würde dem Prinzip Solidarität und Gleichheit vor dem Gesetz entsprechen, also der sozialen Gerechtigkeit.

Dieses asoziale Prinzip der prozentualen Erhöhung wird auch bei den Renten seit Jahrzehnten durchgeführt, wo es noch viel drastischer wirkt, weil Rentnerinnen und Rentner ihre Grundrente nicht mehr durch individuelle Leistungen verbessern können.

Seit Jahrzehnten wird dieses antisoziale Prinzip den bundesdeutschen Arbeitnehmern und Rentnern von ihren politischen Führern als soziale Gerechtigkeit verkauft, ohne dass sich nach meinem Wissen dagegen jemals ein ernstzunehmender Protest erhoben hat. Daran kann man erkennen, wie es in Deutschland mit dem Unterscheidungsvermögen der Verantwortlichen zwischen sozial und asozial bestellt ist — nämlich sehr schlecht.

Die Gewerkschaftsmitglieder sollen sich doch nicht einbilden, dass jene ihrer Anführer, die im Jahr eine viertel Million Euro verdienen, und diverse Aufsichtsratsposten in Aktiengesellschaften besitzen, ernsthaft an einer sozialen Gerechtigkeit interessiert sind. Der mit Geheimpolitik Vertraute weiß, dass einige sogar an den Konferenzen der „Trilateralen Kommission“ teilnehmen, was eben vermuten läßt, dass sie als Handlanger der Unsichtbaren Weltregierung das Land in einen Zustand von Klassenkampf und Anarchie hineinführen sollen. Die Zusammenbrüche der gewerkschaftseigenen Firmen „Neue Heimat“ und „Coop“ haben ja einiges von dem ungesetzlichen Sumpf freigelegt, der sich in den führenden Etagen der Gewerkschaften gebildet hatte, wozu ich mir weitere Kommentare ersparen will. Auf der gleichen antisozialen Ebene bewegt sich jene Politik, die mit einem undurchschaubaren Netz von Privilegien das Beamtentum zu einer besonderen Kaste macht. Die deutschen Christen haben wahrhaftig keinen Grund, hochmütig auf das indische Kastensystem herabzuschauen, denn in Deutschland herrschen fast dieselben Zustände, nur nicht so sichtbar.

Eines steht jedenfalls fest, dass die prozentuale Erhöhung von Löhnen und Renten die antisozialste Form der Schaffung von arbeitslosem (unproduktivem) Einkommen ist. Sie rangiert noch vor dem Zinswucher, weil ihre Anwendung durch den Willen von Wählern, Politikern und Gewerkschaftsmitgliedern getragen wird. Die Kirchen sind der zweitgrößte Arbeitgeber der BRD und spielen oft den Hüter der Moral. Noch nicht einmal in ihrem eigenen Haus haben die Kirchenfürsten diese asozialen Zustände beseitigt!

Die gleichen antisozialen Tatsachen finden sich in der deutschen Steuergesetzgebung in jenen Teilen, welche die Steuerfreibeträge betreffen. Die Anwendung der Steuerfreibeträge führt in vielen Fällen dazu, dass Großverdiener gegenüber Kleinverdienern das Doppelte und Dreifache an Steuern sparen. Auch diese asozialen Gesetze werden seit Jahrzehnten von den verantwortlichen Politikern und den christlichen Gewerkschaftsführern dem deutschen Volk als „soziale Gerechtigkeit“ verkauft.

Sicher würde das Steuergesetz die soziale Gleichheit vor dem Gesetz am besten repräsentieren, so dachte ich, denn schließlich sind jeden Monat Millionen von arbeitenden Menschen von den Wirkungen dieses Gesetzes betroffen. Ein Teilbereich des Steuergesetzes ist das Lohnsteuergesetz, mit dem

die abhängig Beschäftigten behandelt werden. Die Lohnsteuertabelle muß also ganz besonders den Charakter und die Denkweise der für diese Gesetzgebung verantwortlichen Politiker darstellen.

Unter anderem stellte sich mir die Frage: Wie hoch mag wohl der steuerliche Wert einer bundesdeutschen Ehefrau sein? Ein kurzer Vergleich in der Lohnsteuertabelle machte mich dermaßen stutzig, daß ich mich zur Aufstellung der folgenden Tabelle gedrängt fühlte.

Abzugstabelle gültig ab 1. Januar 2005:

Steuerpflichtiger Bruttoverdienst pro Monat in Euro	Steuerklasse I ledig, Lohnsteuer in Euro	Steuerklasse III, verheiratet o. Kin- der, Lohnsteuer in Euro	Differenz: Steuerlicher Wert der Ehefrau in Euro
..... 1.502,99 126,33 -.- 126,33
..... 2.000,99 261,66 39,16 222,50
..... 3.002,99 561,91 271,00 290,91
..... 4.001,99 913,25 544,66 368,59
..... 4.814,99 1.237,33 778,16 459,17

Mit einem Blick kann jeder feststellen, daß von einer Gleichheit vor dem Gesetz keine Rede sein kann, denn dann müßte der steuerliche Wert jeder Ehefrau eben derselbe sein. Die Gleichheit vor dem Gesetz ist aber eine Mindestgrundlage, wo das soziale Denken eigentlich erst beginnt. Kurz gesagt, diese Handlungsweise ist:

1. Asozial – Bürgerfeindlich.
2. Gegen das Gleichheits- und Solidaritätsprinzip gerichtet.
3. Gegen die Menschenwürde gerichtet (Art. 1 GG)
4. Frauendiskriminierung per Lohnsteuergesetz, somit gegen die Menschenrechte gerichtet (UN-Menschenrechtskonvention).
5. Gegen die christliche Sozialethik gerichtet.
6. Ein ungerechtfertigten Entzug finanzieller Mittel zwecks Erzeugung von Armut zur Ausbeutung von Arbeitskräften.
7. Antidemokratisch.

In die gleiche Rubrik gehört der Steuerfreibetrag für die sogenannte „Eigenheimzulage“, der sich zu einem Betrag von ca. 10 Milliarden Euro summiert. Weil also einige Bürger den Wunsch nach einem Haus haben, unterstützt die Politik diese mit Steuergeldern, die sie all denen aus der Tasche nimmt, die sich mit einer Mietwohnung begnügen.

Wo sind die Steuerfreibeträge für diejenigen, die den Wunsch haben nach einer Luxusyacht, einem Düsenjäger, einem Rolls Royce?

Das Urteilsvermögen für sozial und antisozial hängt eng zusammen mit dem Urteilsvermögen für gut und böse. Der intelligente Bürger wird sich also die Frage nach der Ethik der verantwortlichen Politiker stellen! Natürlich steht es den Politikern frei, so antisozial und böse zu handeln wie es ihnen gefällt, denn sie wurden schließlich von der Mehrheit des Volkes gewählt. Ein intelligenter Bürger wird allerdings solche Charaktere nicht zu seinen Führern wählen und ihnen Verfügungsgewalt über Massenvernichtungsmittel anvertrauen, denn wie sagte doch einst ein deutscher Dichter:

„Nur die allergrößten Kälber wählen ihre Henker selber!“

Politiker, die solche Gesetze verabschieden und/oder unterstützen, sind charakterlich minderwertig und gehören nicht in die Regierung eines deutschen Staates.

<<>>

Rentenbetrug

Grundgesetz: Artikel 3 > Gleichheit vor dem Gesetz

- (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt.
- (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Die gesetzliche deutsche Rentenversicherung besteht, vereinfacht ausgedrückt, aus zwei Töpfen:

1. dem Topf der Einzahler (z. B. rentenversicherungspflichtige Arbeitnehmer)
2. dem Topf der Empfänger (Rentner diverser Art).

Diese Art der Solidargemeinschaft hat durch Jahrzehnte ziemlich gut funktioniert, weil genug rentenversicherungspflichtige Arbeitnehmer im Verhältnis zur Anzahl der Rentner vorhanden waren.

Durch Arbeitslosigkeit auf der einen und längere Lebenserwartung auf der anderen Seite hat sich aber im Laufe der letzten Jahrzehnte das Gleichgewicht der beiden Töpfe verschoben. Der Arbeitnehmertopf wurde immer kleiner und der Rentnertopf immer größer. Um den Verlust auszugleichen wurden die Beiträge einfach erhöht, bis sie heute eine kaum noch tragbare Höhe von 19,5% erreicht haben. Raub am Arbeitnehmer!

Auf die Idee, die Beiträge bei ca. 15% einzufrieren, auch wegen der extremen Lohnnebenkosten, und die Renten einfach entsprechend zu kürzen, sind die Verantwortlichen nie gekommen. Das wäre jedenfalls im Sinne einer echten Solidargemeinschaft das Richtige gewesen. Arbeitende Menschen zu versklaven, damit nichtarbeitende Menschen ein gemütliches Leben haben, ist dagegen höchst asozial und unsolidarisch. In dieser Beziehung spreche ich aus eigener Erfahrung: Mein Vater war ca. 30 Jahre lang Rentner und bekam am Ende mehr Nettorente, als er früher als Arbeitnehmer Brutto verdient hatte. In der Schweiz hat man solchem asozialen Mißbrauch dadurch einen Riegel vorgeschoben, indem man eine Höchstrente eingeführt hat. Ein gutes Beispiel für solidarisches Handeln!

Auf die Ausraubung der Rentenversicherungskasse durch ungerechte Maßnahmen der Politiker, zu denen z. B. das sogenannte „Fremdrentenabkommen“ zählt, möchte ich hier nicht eingehen, sondern insbesondere auf die Gleichheit vor dem Gesetz bei einem bestimmten Problem verweisen.

Dem geschulten Beobachter fällt natürlich auf, dass bei den gegenwärtigen Diskussionen bestimmte Themen völlig ausgeklammert werden. Dazu gehört die Rentenversicherung der Beamten.

Die Renten bzw. Pensionen der Beamten werden aus dem Steuertopf der Länder bezahlt. Es existiert für Beamte kein Einzahlungstopf wie bei den normalen rentenversicherungspflichtigen Arbeitnehmern. Beamte zahlen keinerlei Rentenversicherungsbeiträge!

Dies ist eine Beraubung der rentenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer in Deutschland, ein völlig ungerechtfertigstes Privileg, das gegen die Gleichheit vor dem Gesetz verstößt.

Seit 1. Januar 2003 beträgt der Beitragssatz 19,5 des Bruttolohns oder -gehalts. Die Beitragsbemessungsgrenze liegt bei 5.100 Euro. Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen die Beiträge je zur Hälfte. Der Arbeitnehmer hat somit 9,75 Prozent zu tragen.

Es gibt in Deutschland ca. 4,5 Millionen Beamten. Bei einem angenommenen Bruttoverdienst von 4.000 Euro würde bereits jeden Monat ein Betrag von 390 Euro pro Beitragszahler in die Kasse kommen. Im Monat also 1,755 Milliarden und im Jahr 21,06 Milliarden Euro. Eine genaue Erhebung würde den Betrag wahrscheinlich noch erheblich erhöhen.

Es gibt bei der gegenwärtigen Lage der deutschen Rentenversicherung absolut keinen Grund, auf Rentenversicherungsbeiträge bei Beamten zu verzichten, selbst wenn man auf den Beitrag der „Arbeitgeber“ verzichten würde. Dann wäre auch dem Satz „Alle für einen - einer für alle“ Rechnung getragen, der sich auf der Internetseite der Deutschen Rentenversicherung findet (www.deutsche-sozialversicherung.de).

Die Privilegien der Beamten fallen natürlich nicht vom Himmel, sondern sind darin begründet, dass der deutsche Bundestag zu 50% aus Lehrern besteht, die eben alle Beamte sind. Machtmißbrauch durch diejenigen, die die Jugend erziehen und einen Eid geschworen haben:

„Ich schwöre, das Grundgesetz für die Bundesrepublik und alle in der Bundesrepublik geltenden Gesetze zu wahren und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe!“

Wenn man die Gesetze zur Durchführung von Privilegien selbst schaffen kann, dann ist es natürlich kein Kunststück, diese auch zu erfüllen. Politikerköpfe, die solche Gesetze machen, sind von primitivster Habgier besessen und gehören nicht an verantwortliche Posten in der deutschen Regierung..

Von den hundert anderen Privilegien der Beamten will ich jetzt nicht sprechen, sondern nur noch ein paar Sätze aus dem Internet zitieren, wonach eine Rentenkassen-Ausplünderung von ca. 700 Milliarden Euro stattgefunden hat („Hinweis: <http://www.bohrwurm.net>):

„Seit Beginn der Rot-Grünen Koalition (Schröder) 1998 werden keine Zahlen mehr über die „Entnahme rentenfremder Leistungen“ genannt. Die Annahme liegt somit nahe, dass die Ausplünderung der Rentenkasse unzulässig für Staatszwecke mit Methode betrieben, und entsprechend „verschleiert“ wird. Daraus folgert, dass die Rentenkasse i. S. des §266 (1) Strafgesetzbuch (StGB) – Veruntreuung – in Milliardenhöhe veruntreut wird, und wir es daher offenbar mit dem größten Betrugs- und Veruntreuungsverbrechen (§12 StGB) – der Nachkriegsgeschichte zu tun haben. Dahinter steht die heimtückische Absicht, die Rentenkasse vollständig mit Regierungsgewalt abzuschaffen, um die Bürger zu zwingen, ausschließlich in die Versicherungskonzernkassen privat einzuzahlen. (siehe hierzu das „Ausplünderungs-Netzwerk“ in <http://www.bohrwurm.net>).“

Haben die angeblichen Arbeitnehmervertreter der Gewerkschaften oder anderer sogenannter Oppositionsverbände jemals energisch gegen diese haarsträubenden Zustände protestiert? Mir ist davon nichts bekannt geworden!

Das hier aufgezeigte asoziale Verhalten der verantwortlichen Politiker ist demnach:

1. Arbeitnehmerfeindlich, gegen das Solidaritätsprinzip gerichtet.
2. Gegen das Gleichheitsprinzip gerichtet (Art. 3 GG).
3. Gegen die Menschenrechte gerichtet (UN-Menschenrechtskonvention).
4. Gegen die Menschenwürde gerichtet (Art. 1 GG)
5. Gegen die christliche Ethik gerichtet.
6. Somit antidemokratisch.

<<>>

Deutschland und das Völkerrecht

Die Haager Landkriegsordnung von 1907:

Art. 43: Die Besatzungsmacht muss die Landesgesetze beachten.

Art. 45: Sie darf die Bewohner des besetzten Landes nicht zwingen, den Treueid zu leisten oder die andere Staatsangehörigkeit anzunehmen.

Art. 46: Sie darf Privateigentum nicht einziehen.

Art. 47: Sie muss Plünderungen unterlassen und unterbinden.

Art. 50: Sie darf keine Strafe durch Geld oder anderer Art wegen der Handlungen Einzelner über eine ganze Bevölkerung verhängen.

*

IV Genfer Konvention von 1949

Art. 8: Auf die durch das Abkommen gewährten Rechte ist der Verzicht verboten.

Art. 11: Sonderevereinbarungen zwischen Mächten, deren eine infolge der Besetzung ihres Gebietes oder eines wichtigen Teiles ihres Gebietes in ihrer Verhandlungsfreiheit beschränkt ist, sind verboten und nichtig.

Art. 43: Kollektivstrafen, Einschüchterung, Terrorisierung, Plünderungen und Vergeltungsmaßnahmen gegen dritte Personen oder ihr Eigentum sind verboten.

Art. 49: Die Besatzungsmacht darf Teile ihrer eigenen Bevölkerung nicht in das von ihr besetzte Gebiet verschleppen oder verschicken.

Art. 64: Das Strafrecht im besetzten Gebiet bleibt in Kraft. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Gerichte im besetzten Gebiet ihre Tätigkeit fortsetzen können.

*

UNO-Konvention vom 27. November 1968 über die Nichtverjährung:

Art. 1: Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Vertreibung ... verjähren nicht.

*

Wiener Konvention über das Recht der Verträge, von 1969:

Art. 52: Ein Vertrag ist nichtig, wenn sein Abschluss durch Androhung oder Anwendung von Gewalt zustande gekommen ist.

Art. 53: Ein Vertrag ist nichtig, wenn er im Zeitpunkt seines Abschlusses einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechtes widerspricht (wie der Haager Landkriegsordnung, der IV. Genfer Konvention und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker).

Kommentar:

Die deutschen Wähler sollten sich diese Paragraphen gut merken, vor allem Art. 52 der Wiener Konvention. Es sind nämlich alle Verträge mit Deutschland nach 1945 unter Androhung von Gewalt zustande gekommen, somit nichtig oder ungültig.

Der Grund dafür liegt darin, dass Deutschland 60 Jahre nach dem Krieg immer noch keine Souveränität besitzt, sondern eine von Kriegsgegnern besetzte und erpresste Nation ist.

1. Es wurden bis heute keine Friedensverträge mit den 50 Gegnern des 2. Weltkrieges abgeschlossen.

2. Die Besatzungstruppen der Alliierten haben Deutschland nie verlassen, sondern werden nach wie vor von deutschen Steuergeldern unterhalten. Ein großer Teil der kriegerischen Aktivitäten der USA wie der „Wüstensturm“ wurden und werden über die Infrastruktur in Deutschland abgewickelt und von deutschen Steuerzahlern bezahlt. Wenn irgendwelche politischen Vertreter der deutschen Scheindemokratie gegen kriegerische Aktivitäten der Alliierten reden, ist das die blanke Heuchelei und Volksverrat obendrein.

3. Eine Verfassung wurde nie etabliert, denn das Grundgesetz ist lediglich ein Anhang zum Besatzungsrecht der Alliierten.

4. Die Feindstaatenklausel der UN gegen Deutschland wurde nie aufgehoben, sondern stellt eine fortdauernde Erpressung Deutschlands durch die Alliierten Kriegsgegner dar. Allerdings sind inzwischen aus den 50 Gegnern von 1945 ca. 190 geworden, denn von allen UNO-Staaten hat in den letzten 50 Jahren noch nie einer gegen die Erpressung Deutschlands protestiert und die Abschaffung der Feindstaatenklausel gegen Deutschland gefordert. Diese Erpressungspolitik hat ihre Wurzeln im bekannten Versailler Friedensvertrag von 1919. Dieser „Friedensvertrag“ wurde nach dem Motto erstellt „Permanenter Raub durch permanente Erpressung“. Diese Erpressungsgelder werden in Form von sogenannten Beiträgen in Höhe von Millionen Dollar jährlich dem deutschen Steuerzahler abgepresst. Dieses Prinzip hatte sich bewährt und wurde nach dem 2. Weltkrieg mit etwas anderen Mitteln gradlinig fortgesetzt, wovon in Punkt 5 die Rede ist.

5. Damit sich gegen die genannte Erpressung aus dem deutschen politischen Lager aber auch nicht eine einzige Stimme erhebt, haben die anglo-amerikanischen Alliierten auf deutschem Boden ca. hundertfünfzig Atomraketen stationiert, vorsichtshalber mit einer Reichweite von nur ca. 150 Kilometern, damit sie im Ernstfall auch alle auf deutschem Boden explodieren können. Diese alleine würden wahrscheinlich schon ausreichen, um nicht nur die deutsche Bevölkerung, sondern die von ganz Europa auszurotten.

Entsprechend den Massenmordplänen der amerikanischen Autoren Kaufman, Nizer und Morgenthau darf aber vermutet werden, dass man mindestens noch weitere hundert Atombomben in Deutschland versteckt hat, die man wahrscheinlich vom Pentagon aus mit einem einzigen Knopfdruck zünden kann. Moralische Hemmungen werden diese Christen kaum haben, wie die Beispiele von Hiroshima und Nagasaki gezeigt haben.

Soweit mir bekannt ist, haben alle europäischen Staaten unter der Drohung der genannten Atomraketen und Atombomben den lächerlichen Atomwaffensperrvertrag unterschrieben, der eigentlich ein Atomwaffenerpressungsvertrag ist. Einen der Bedrohung entsprechenden Protest der sogenannten „Kernkraftgegner“ habe ich in den letzten Jahrzehnten nicht wahrgenommen!

Eine offizielle Anfrage bei der deutschen Bundesregierung bezüglich der Friedensverträge hat die Antwort ergeben, dass diese durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag hinfällig geworden seien. Die Durchsicht des Zwei-plus-Vier-Vertrages hat aber ergeben, dass darin überhaupt kein Abschnitt über die 50 Kriegserklärungen und die Friedensverträge enthalten ist. Ein echtes Lügenwerk!

Mehr als das politische Verhalten der Deutschen wundert mich das Verhalten der Nachbarn von Deutschland, die ja alle zu den Siegerstaaten gehören. Insbesondere das politische Verhalten Frankreichs erstaunt mich, weil sie früher dem politischen Deutschland immer um hundert Prozent überlegen waren. Denn es müßte ihnen klar sein, dass die geplante Vernichtung Deutschlands auch Frankreich vom Erdboden vertilgen würde. Sie würden somit nicht im Boot der Sieger, sondern mit Deutschland im Boot der Verlierer sitzen. Auf diese Tatsachen habe ich bereits im Jahre 1990 in meiner „Geheimpolitik“ auf den Seiten 152 bis 154 hingewiesen.

Die Angst vor Deutschland scheint offensichtlich bei allen Nachbarn Deutschlands größer zu sein, als die Angst, durch amerikanische Atombomben in die Luft zu fliegen. So geht das, wenn Dummheit und Feigheit sich die Hände reichen!

Umso besser für uns, denken die anglo-amerikanischen Terroristen, damit können wir nicht nur Deutschland, sondern ganz Mitteleuropa erpressen. Wäre doch gelacht, wenn es nicht gelingen würde, die Kultur von Europa um tausend Jahre zurückzuschrauben, mit unseren atomaren Daumenschrauben.

Wie gerade aus der Presse zu entnehmen war, haben einige deutsche Gemeinden gegen die Lagerung amerikanischer Atomraketen protestiert. Die wissen noch nicht einmal, dass sie das nach der Feindstaatenklausel überhaupt nicht dürfen, weil das nämlich ein feindlicher Akt, eine aktive Bedrohung der 190 UN-Staaten, eine terroristische Bedrohung des gesamten amerikanischen Kontinents ist, und den „Ernstfall“, also die Vernichtung Mitteleuropas, auslösen könnte!

>> Ergebnis: die deutsche Demokratie ist eine Scheindemokratie und die politischen Akteure sind Lügner, Heuchler und Volksverräter, die von den Alliierten gekauft wurden, wie einst der kriminelle

Adolf Schicklgruber-Hitler. Die Erpressung Deutschlands und Mitteleuropas ist eine Zeitbombe, deren Explosion vielleicht die Welt noch einmal erschüttern wird.

Die Bürgerforderungen für Deutschland müssen somit lauten:

1. Beseitigung der Feindstaatenklausel der UN.
2. Abschluß von Friedensverträgen mit allen 50 Feindstaaten des 2. Weltkrieges.
3. Beseitigung des Besatzungsrechts, somit Abzug aller feindlichen Truppen aus Deutschland, einschließlich der Atombomben sowie der Gas- und Chemiewaffen.
4. Erstellung einer deutschen Verfassung mit Volksbeteiligung.
5. Einführung der Wahrheit in die Geschichtsschreibung und die politische Diskussion.

Eine Partei, welche die vorgenannten Punkte nicht in ihrem Programm hat, ist für einen demokratisch eingestellten Bürger nicht wählbar, weil sie Volksbetrug betreibt.

<<>>

Sozialismus – Kapitalismus – Asozialismus

Wie bereits angedeutet, werde ich dieses Kapitel in Form einer Buchbesprechung gestalten. Den Anfang möchte ich mit dem Buch „Die belogene Generation“ von Roland Baader machen. Ein wirklich gutes Buch, das jedem jungen deutschen Menschen in die Hand gedrückt werden sollte. Was die Qualität mindert habe ich in Kommentaren beigefügt

Es ist mir wichtig, dass ich mich mit dem Leser über die wichtigsten Begriffe kurz verständige. Da ich mich im Kapitel „Sozial oder asozial“ bereits mit den Grundbegriffen des Sozialismus befaßt habe, wiederhole ich diese hier:

1. sozial (lat.): die Gesellschaft, Gemeinschaft betreffend, gesellschaftlich; gemeinnützig; menschlich, hilfsbereit.

2. asozial (gr.; lat.): gemeinschaftsfremd, gegen Einordnung in Gemeinschaften (in der Familie, am Arbeitsplatz usw.). Somit gegen das Soziale gerichtet.

Die Begriffe sozial und asozial sind deshalb besonders interessant, weil man durch sie erkennen kann, dass die Charakterlage der für ein Land verantwortlichen Menschen entscheidend ist für den Aufstieg oder Niedergang ganzer Nationen. Diktatur oder Demokratie, Krieg oder Frieden, sie entwickeln sich analog zu den Charakteren der herrschenden Persönlichkeiten. Das ist ein großes Gebiet und soll hier nur angedeutet werden.

Der Begriff Sozialismus wirkt insofern sehr suggestiv, weil er das Wort „sozial“ beinhaltet. Dadurch wird unbewußt immer der positive Inhalt der unter Nr. 1 genannten Begriffe damit verbunden. Denn wo sozial draufsteht, sollte ja auch sozial drin sein. In Wirklichkeit ist aber dieser Begriff sehr deutlich von „Asozialismus“ zu unterscheiden. Dieser Begriff wird dem Leser unbekannt vorkommen, weil er innerhalb der gegenwärtigen Lügenkultur aus taktischen Gründen nicht benutzt wird. Es muß also zwischen Sozialismus und Asozialismus eine strenge Trennlinie gezogen werden, was nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts besonders leicht fallen müßte. Haben wir doch als Musterbeispiele des Asozialismus den Sozialismus bzw. Kommunismus der Sowjetunion und des Nationalsozialismus in Deutschland.

In der Presse wird oft ein Gegensatz von Sozialismus und Kapitalismus hingestellt, wobei der Kapitalismus meistens mit der Tendenz des Bösen etikettiert wird. Ein Satz aus dem Wikipedia-Lexikon soll hier ausreichen: „Als Kapitalismus wird eine Wirtschaftsordnung verstanden, die sich durch Privateigentum an Produktionsmitteln sowie Produktion für den Markt auszeichnet.“

Es wird also ein psychologischer Gegensatz von Privateigentum und Geheimeigentum erzeugt. In Wirklichkeit geht es sowohl im Sozialismus als auch im Kapitalismus ausschließlich um die Verteilung des Kapitals. Nur, dass die Verteilung im Kapitalismus durch Privatpersonen und im Sozialismus durch Staatsbeamte erfolgt.

Ob bei der Verteilung am Ende ein soziales oder ein asoziales Ergebnis herauskommt, das hängt aber vollständig von den Charakteren der Verteiler ab. Für den gebeutelten Bürger bleibt es sich gleich, ob er von egoistischen Privatpersonen oder von egoistischen Beamten beraubt wird. Während aber der Privatmann durch Gesetze zur Verantwortung gezogen werden kann, bewegen sich die Beamten gewöhnlich jenseits jeder Verantwortlichkeit – geschützt durch Privilegien, die früher noch nicht einmal Könige und Kaiser besaßen.

Diese Vorbemerkungen scheinen mir wichtig, weil sich leider auch Roland Baader auf den Gegensatz von Kapitalismus und Sozialismus eingelassen hat. Durch Zitat und Kommentar möchte ich nun wieder etwas mehr Licht über dieses wichtige Thema verbreiten:

„S. 46: Was vormals der Marxismus-Leninismus, der Stalinismus, der Hitlerismus, der Ulbricht-Honneckerismus, der Maoismus, Pol-Potismus, Hodschaismus, Cschaueskuismus etc. besorgt hat, nämlich die Vernichtung des in Jahrtausenden gewachsenen Wertgefüges der menschlichen

Zivilisation, das vollbringen hierzulande und heute die linksbeflissenen Lehrer an den Schulen und Hochschulen auf die sanftere Tour durch das „Hinterfragen“ und „Entlarven“ der sogenannten „bürgerlich-kapitalistischen“ und „paternalistisch-autoritären“ Strukturen der westlichen Gesellschaften. ... S. 52: Und wie soll sich Herr Jedermann – und möglichst jeder Jugendliche – solches Wissen in einem Umfeld beschaffen, das – wie wir gesehen haben – aus einem Meer aus Lügen und falschen Informationen besteht ?!

Es gibt ja, um es zu wiederholen, nur eine einzige Waffe gegen die Lüge und die Irreführung: und das ist Wissen. ... S. 53: Konkret: Wenn wir die Marktwirtschaft bewahren wollen – und damit das einzige Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das die persönliche Freiheit der Bürger dauerhaft erhalten und zugleich deren materielles Wohlergehen sichern und ständig verbessern kann, dann muß eine Mehrheit der Bürger (zumindest eine relative Mehrheit) über ein wahres, unverfälschtes Grundwissen bezüglich dieser Ordnung verfügen. Und dieses Grundwissen wird weder in den Schulen gelehrt noch über die Informationsmedien vermittelt. Also hat jeder einzelne von uns, dem Freiheit und materielle Sicherheit – und überhaupt ein menschenwürdiges Dasein seiner eigenen Person, seiner Familie und Freunde und seiner Landsleute – am Herzen liegt, die unerläßliche Verpflichtung, sich dieses elementare Wissen selbst anzueignen.“

Kommentar D.R.: Wie wahr gesprochen. Zu denen meiner Freunde, die ähnlich urteilen, pflege ich immer zu sagen: An den Büchern liegt es nicht! Allerdings schwimmt die Wahrheit nicht so leicht an der Oberfläche wie die Lüge, sondern man muß danach graben, man muß sie sich erarbeiten. Vor allem muß man nach Tabus suchen! Wir brauchen eben nicht nur Wissen, sondern vor allem Hintergrundwissen – und daran mangelt es bei vielen. Der Aneignung des obengenannten Grundwissens stehen drei große Hindernisse im Wege: 1. Die Interesselosigkeit der Bürger, 2. der mangelnde Bildungsgrad (Pisa-Studie), 3. die umfassende Lügenkultur aller Medien. Nur 10% des Volkes lesen Bücher, somit wird niemals eine Mehrheit der Bürger ein elementares Wissen erlangen. Es wäre schon viel gewonnen, wenn wenigstens 10% der Universitätsabsolventen ein Grundwissen erlangen würden.

„S. 56: verfolgen konnte, wie alle derartigen „Systemveränderungen“ — ganz egal, von wem und in welcher Abart inszeniert – zu gesellschaftlichen Katastrophen apokalyptischen Ausmaßes, zu Hunderten von Millionen verhungerten, getöteten, gefolterten, vertriebenen und geknechteten Menschen, zu Völkermorden und Kriegen, und schließlich zum vollständigen Zusammenbruch eines ganzen Erdteils geführt haben, und wer dann die Mises'sche Wortwahl vom drohenden „Ausmerzen der menschlichen Gesellschaft und der menschlichen Rasse“ noch immer für übertrieben hält, sollte sich freilich bezüglich der Verbesserung seiner ökonomischen Grundkenntnisse keiner weiteren Mühe mehr unterziehen. Und auch wer der noch immer weitverbreiteten Mär anhängt, das alles habe nichts mit „dem Sozialismus“ zu tun, sondern sei das Ergebnis einer „falschen Handhabung“ der „an sich guten Idee“ durch die Hundertschaften seiner „großen Führer“ (von Stalin und Hitler über Mao und Pol Pot bis Honecker und Castro), der kann sich ebenfalls in der Gewißheit zur Ruhe legen, daß seine „Weisheit“ keiner weiteren Verbesserung mehr bedarf.“

Kommentar D.R.: Ganz gewiß haben die genannten Herrschaftssysteme nichts mit Sozialismus zu tun, sondern mit Asozialismus. Es handelt sich um Diktatur und Machtmißbrauch in apokalyptischem Ausmaß. Wo allerdings die Wurzeln für diese weltweite Entwicklung liegen, damit habe ich mich ausreichend in meinen beiden Bänden über „Geheimpolitik“ auseinandergesetzt.

„S. 66: Bei einer Staatsquote von annähernd 60%, sowie mit einem zu fast 100% staatlichen Bildungs-, Gesundheits- und Rentensystem, mit nahezu beliebigem Fiskalzugriff auf die Einkommen und Vermögen der Bürger, mit einem im syndikalistischen Tarifkartell gefesselten Arbeitsmarkt, einer kaum noch geschützten Privatsphäre (mehr als ein Dutzend gesetzliche und verwaltungsrechtliche Möglichkeiten zur Personenkontrolle, Wohnungsdurchsuchung, Abhörung etc.) und – vor allem – einem rein staatlichen Geld, ist Deutschland zu rund drei Vierteln ein sozialistisches und staats-dirigistisches Land.“

Kommentar D.R.: Nach den guten Erfahrungen in Rußland haben die anglo-amerikanischen Logenbrüder offenbar beschlossen, auch Deutschland ein ähnliches Schicksal zu verpassen. Ist ja auch leicht mit der Feindstaatenklausel und der fehlenden Souveränität!

„S. 77: Auch das sogenannte ‚Dritte Reich‘ und Hitlers Eroberungskriege gingen nicht von einem kapitalistischen Land aus, sondern von einem sozialistischen. Die Tatsache, daß Hitler das Produktivkapital (wahrscheinlich aus Zeitmangel) nicht enteignet hat, macht aus dem NS-Staat noch keinen Kapitalismus.“

Kommentar D.R.: Nun muß ich anfangen Klartext zu reden. Die größten Rüstungsbetriebe zu Hitlers Zeiten waren die amerikanischen Privatfirmen Opel (General Motors) und Ford. Henry Ford war Freimaurer und über Logenkreise mit Hitler verbunden. Über dieses Hintergrundwissen sollte heute jeder politische Autor verfügen.

„S. 80: Kapitalismus oder Marktwirtschaft heißt nämlich, auf eine Kurzformel gebracht: Privateigentum plus (privater) Vertrag plus (friedlicher) Wettbewerb. Also darf kein Nicht-Privater, keine hoheitliche Herrschaftsinstitution oder kein wie auch immer geartetes Kollektiv in diese drei Elemente eingreifen, noch sie selber ausüben. Weder darf der Staat selbst Eigentumbesitzen (denn er müßte es ja den Privaten wegnehmen, um es besitzen zu können), noch darf er den Privaten (Bürgern und Unternehmen) vorschreiben, wie oder was sie zu produzieren haben, denn das wäre ja Eingriff in die Eigentumsrechte und würde die privatrechtlichen Verträge durch Zwang und Gewalt ersetzen. Noch darf der Staat selbst produzieren, weil sonst kraft seines Gewaltpotentials der Wettbewerb nicht mehr friedlich wäre. Das gilt auch für alle Dienstleistungen, auch für das Bildungswesen, das Gesundheitswesen, die Altersvorsorge, alle Versicherungen und alle Arbeitsverträge. Die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Menschen müssen privat erfüllt werden, auch solche karitativer Art. Einnahmen und Ausgaben des Staates sind deshalb strikt auf seine Schutz- und Verteidigungsmaßnahmen zu begrenzen.“

Kommentar D.R.: Das gefällt mir so bei R. Baader, dass er in prägnanten Sätzen das wesentliche auf den Punkt bringen kann. Nach meiner persönlichen Auffassung darf der Staat nur in einer Beziehung Eigentum besitzen, und zwar den Grund und Boden, denn Bodenspekulation bei großem Währungsgefälle kann ein Land genau so sicher ruinieren wie der Asozialismus. Dafür gibt es viele Beispiele weltweit.

„S. 81: Ähnlich problematisch ist die politische oder weltanschauliche Standortbezeichnung ‚nationalliberal‘ Sie führt leicht zur gefährlichsten Mixtur des Machtspektrums, nämlich zur Verbindung von Staat und Wirtschaft, zur Vorstellung von einer Einheit von Staat und Ökonomie. Diese war letztlich die Ursache fast aller Kriege und Totalitarismen. Sie ist, nebenbei bemerkt, auch die Grundidee der Maastricht-EU, und sie könnte künftig sogar zum verheerenden Ungeist einer Weltregierung werden.“

Kommentar D.R.: Über den Ungeist einer Weltregierung habe ich in der ‚Geheimpolitik‘ schon genug geschrieben. Es wundert mich aber, dass ein so scharfer Denker wie R. Baader nicht erkannt hat, dass die Weltregierung als Hintergrund der UNO längst existiert. Es darf davon ausgegangen werden, dass alle Ländervertreter der UNO Logenbrüder sind, sonst wäre die oft gezeigte Einmütigkeit bei unmenschlichen und kriegerischen Beschlüssen wohl kaum zu erreichen.

„S. 86: Das schlimmste an alledem ist die Tatsache, daß die Bürger aus diesen Entwicklungen nichts lernen. Weder aus dem Zusammenbruch des Sozialismus noch aus der Erdrosselung ihrer Marktwirtschaft. Im Gegenteil. Sollte diese Wirtschaftsordnung eines Tages unter dem Gewicht der Politik den Geist aufgeben, so wird man ihr selbst und nicht den sozialistischen Würgern und Würgeeißen die Schuld daran zuschieben. Man wird vom ‚Bankrott der Marktwirtschaft‘ und vom ‚Versagen des Kapitalismus‘ reden – und nicht vom Bankrott des Schleichenden Sozialismus. Man hat darin

ja Übung. Seit Jahrzehnten werden die unzähligen Mißstände und Ungereimtheiten in der westlichen Welt nicht ihren wahren Ursachen – den Marktverfälschungen durch den interventionistischen Staat sowie seinen sozialistischen Institutionen zugeschrieben, sondern der Marktwirtschaft oder dem Kapitalismus selbst.“

Kommentar D.R.: Entschuldigung, aber wenn die gesamte Weltpresse in dasselbe Lügenhorn bläst, dann muß man sich doch fragen, welche machtpolitischen Kreise diese Presse steuern. Der schlecht geschulte Bürger, zu denen ich mich auch einst zählte, durchschaut noch nicht einmal die einfachsten Regeln der Einkommensteuer. Er merkt nicht einmal, wie er durch 50 Jahre hindurch mit asozialen Steuergesetzen betrogen wird, wie ich im Kapitel „Sozial und asozial“ gezeigt habe. Wenn das Schicksal mich nicht entsprechend geführt hätte, wüßte ich diese Dinge bis heute nicht.

„S. 103: Das ist ein machtpolitisch logischer Vorgang. Der Staat hat niemals eigenes Geld, denn er leistet entweder nichts oder er leistet schlechter als private Anbieter, so daß ihm niemand freiwillig etwas bezahlen würde. Deshalb erfindet er einen angeblich legalen Abgabenzwang: die Steuern. Mit diesem Instrument können die Bürger teilentzogen oder teilversklavt werden.“

Kommentar D.R.: Ganz ohne Steuern geht es nicht, aber das ist eben die große Frage: Bei welcher Steuerbelastung verwandelt sich das legitime Recht des Parlaments zur Steuererhebung in Diebstahl und Mißbrauch?

„S. 112: Es ist – auch in dieser Hinsicht – nur logisch und konsequent, daß jene Lehren, die den „neuen (perfekten) Menschen“ und die „neue (ideale) Gesellschaft“ hervorbringen wollen – also vor allem alle Formen des Sozialismus und Kommunismus (aber auch, bis zu einem gewissen Grad, der moderne Sozial- und Wohlfahrtsstaat) allesamt dem Christentum mindestens gleichgültig gegenüberstehen, meistens aber sogar feindlich gesinnt sind. Als Götzen- und Ersatzreligionen von oft geradezu satanischer Dimension müssen sie die wahre Religion mit ihrem realistischen („sündenbehafteten“) Menschenbild hassen und bekämpfen. Um so tragischer, wenn sich mehr und mehr Theologen auf diesen Abwegen bewegen, auch wenn es sich „nur“ um die seichten Pfade des Schleichenden Sozialismus im sozialen Gewand handelt.

Kommentar D.R.: Da stehen wir wieder vor der großen Frage: Woher haben die sozialistischen Vordenker Ihre Ideen bekommen? Woher kommt die Ersatzreligion? Mit welchen Kreisen waren sie verbunden, die Herren J.J. Rousseau, K. Marx, Kerensky, W.I. Lenin, L. Trotzki? Das waren alles Logenbrüder, verbunden durch eine weltumspannende machtpolitische Kette! Es ist doch kein Zufall gewesen, dass der Vatikan bis Anfang vorigen Jahrhunderts öffentlich seine Feindschaft gegen die Freimaurerei bekundet hat.

„S. 128: Hierbei werden, wenn es zum Arbeitskampf kommt, sogar noch die Bürger in ihrer Eigenschaft als Konsumenten in Geiselhaft genommen. In jedem Fall müssen sie das Ergebnis des Kampfes, nämlich höhere Preise, Inflation und Arbeitslosigkeit ausbaden. Es ist mir unbegreiflich, wie sich zivilisierte Menschen und ganze Völker von solchen mächtigen Kartellen entmündigen und in schlimmster Weise schädigen lassen können. Vom politischen Gekügel zwischen den Parteien und den Syndikaten ganz zu schweigen. Wenn sie wollen, können diese Machtkartelle sogar ein ganzes Land lahmlegen und dafür sorgen, daß nicht nur die Lichter aller Häuser, sondern auch das Licht der Zivilisation ausgeht. Ein unbegreifliches Zugeständnis an die Macht, Willkür und Pfründe von organisierten Sonderinteressen.

Kommentar D.R.: Meine „Geheimpolitik“ ist inzwischen 15 Jahre alt. In dieser Zeit habe ich nicht den Eindruck gewonnen, dass es möglich ist, in Deutschland auch nur zehn Menschen an einen Tisch zu bringen, um eine demokratische Opposition im guten Sinne aufzubauen. Aus diesem Grunde ist mir nicht mehr unbegreiflich, daß sich ganze Völker erpressen lassen.

„S. 129: 2) In >NEWS<, der Zeitschrift der ASU, kam in Nr. 2, 1998 Rechtsanwalt Wolfgang

Höfft mit folgendem Text zu Wort, der das Thema weniger unter ökonomischen als unter rechtlichen Aspekten angeht (Auszug aus seinem Beitrag „Ist in der Tarifpolitik noch Innovationsspielraum“): „...daß Tarifpolitik Arbeitslosigkeit produziert, hat seinen Grund darin, daß die gewerkschaftlich erpreßten Tarifverträge für die Unternehmer Zahlungsverpflichtungen begründen dürfen ohne Rücksicht auf ihre Erfüllbarkeit. Nach dem Willen des Bundesarbeitsgerichts und der Gewerkschaften ist es nicht zulässig, die Höhe der gewerkschaftlichen Forderungen sowie die Höhe der Abschlüsse davon abhängig zu machen, daß die auf diese Weise begründeten Zahlungsverpflichtungen auch ohne Entlassungen erfüllt werden können. Da dieser Fehler mangels Zustimmung der Gewerkschaften nicht behebbar ist, hat Tarifpolitik keinen Spielraum zu einer ihren Erhalt rechtfertigenden Innovation. Die Einstellung der Produktion von Arbeitslosigkeit ist also nicht durch die Reform, sondern nur durch die Abschaffung der Produktionseinrichtung Tarifpolitik einschließlich ihrer Betreiberorganisationen durchsetzbar, weil sich die Gewerkschaft zur Durchsetzung ihrer Tarifpolitik satzungsgemäß krimineller Methoden bedient, die den Bundesinnenminister als Bundesordnungsbehörde ordnungspolitisch verpflichtet, sie als kriminelle Vereinigungen aufzulösen.“ (Anmerkung Höffts zum Ausdruck „kriminelle Vereinigungen“: Das Reichsgericht hat Streikteilnahme als „Erpressung“ abgeurteilt, RGSt 21, 114).

Kommentar D.R.: Dieses Zitat bringe ich besonders gerne, weil es mit meiner eigenen Meinung über die Gewerkschaften vollständig übereinstimmt. Die Gewerkschaften sind Erpressungsvereine, somit antidemokratisch und asozial. Ihre Existenz ist schädlich und überflüssig.

„S. 162: In Wirklichkeit ist die Bereitstellung öffentlicher Güter durch den Staat nichts anderes als eine Maximierung und Perfektionierung der Ausbeutung der Bürger durch die politische Kaste. ... Der Prozeß läuft demokratisch verbrämt ab und macht deshalb einen harmlosen Eindruck. In Wahrheit ist es knallharter Despotismus. ... S: 163: Fazit: „Marktversagen“ als Begründung für das permanent wachsende Angebot an öffentlichen Diensten – und für das damit parallel laufende unaufhörliche Wuchern des Staates – ist ein Märchen, aber ein äußerst nützliches Märchen in der Hand der politischen Märchenonkel, in Wirklichkeit also ein hochwirksames und kalkuliert eingesetztes Macht- und Herrschaftsinstrument, mit dem man einerseits alle Bürger permanent und mit wachsender Intensität abzocken kann – und sie andererseits zu Bittstellern und Almosenempfängern machen kann, die ihren politischen Wohltätern Gefolgschaft schulden.

Kommentar D.R.: In Berlin sind ca. 1.700 Lobbygruppen eingetragen, die mit Ausweis Zugang zu den Parlamentssitzungen haben. Welche Ziele haben diese Gruppen? Jede dieser Gruppen hat das Ziel irgendwelche Sonderinteressen bei den Parlamentariern durchzusetzen. Jede Durchsetzung von Sonderinteressen führt aber automatisch zu undemokratischen und oft asozialen Gesetzen und Verordnungen, die sich eigentlich nur mit dem „Ermächtigungsgesetz“ von A. Hitler vergleichen lassen. Die gigantische Raub- und Umverteilungsmaschinerie der deutschen Bundesregierung liefert dafür zahllose Beispiele.

Zu diesen Lobbygruppen gehört z. B. der Deutsche Beamtenbund und die Gewerkschaften. Von allen Beamtenprivilegien ist jener der hervorstechendste, der sich auf die Rentenversicherung bezieht. Mir ist nichts bekannt, was mehr gegen die Gleichheit vor dem Gesetz verstößt als die Tatsache, dass Beamte keine Rentenversicherungsbeiträge bezahlen müssen, sondern sich bezüglich ihrer Pensionen beliebig aus dem allgemeinen Steuertopf bedienen dürfen. Ein Raub am Volksvermögen, der beispiellos ist.

Wie frei ist denn ein Parlamentarier noch, der beispielsweise Mitglied in folgenden Vereinigungen ist: 1. Er ist Beamter. 2. Mitglied im Beamtenbund. 3. Mitglied in einer Gewerkschaft. 4. Mitglied im Jesuitenorden oder Opus Dei. 5. Mitglied im Lions Club oder den Rotariern. 6. Mitglied in einer Freimaurerloge. 7. Mitglied einer politischen Partei.

Ein solcher Parlamentarier ist bereits sieben mal durch seinen Berufsstatus und seine Mitgliedschaften gefesselt, seine Freiheit ist demnach fast null. Man kann davon ausgehen, daß eine ähnliche Konstellation für die Mehrheit der Abgeordneten gültig ist.

„S. 197: Genau deshalb ist der Sozial- und Wohlfahrtsstaat – wie jede Art des Sozialismus – nicht nur als ein effizienzzerstörendes System zu sehen, sondern auch als moralzerstörendes. Die angebliche „Ethik“ des erzwungenen Teilens – und das damit einhergehende Abkoppeln der Einkommenserzielung von vorausgegangener Leistung – wirkt, auf ein Gesellschaftssystem oktroyiert, wie ein Bombenkrieg. Sie zerstört die materiellen Werte der Menschen und – eher noch mehr – auch ihre ideellen und moralischen Werthaltungen. S. 199: Moral braucht also im Umverteilungsstaat nicht mehr stattzufinden. Sie wird hier weder generiert noch eingeübt, weder gestützt noch positiv oder negativ sanktioniert. Statt dessen wird sie überflüssig, lächerlich, „altmodisch“ und zu einem Zeichen für Dummheit (weil man ja, außer lästigen Pflichten und Kosten, „nichts davon hat“). Auf einem solchen Friedhof der Alltagsmoral oder der Alltagstugenden kann sich natürlich auch das nicht bilden und erhalten, was man die „höheren ethischen Werte“ nennt, wie bspw. religiöse Überzeugungen, Treue, Ehrlichkeit oder Herzengüte.“

Kommentar D.R.: Ich muß hier mal einen Satz aus der „Geheimpolitik-1“ einfügen, den ich dort von R. Steiner zitiert habe: „Denn was wollen diese okkulten Bruderschaften? Diese okkulten Bruderschaften arbeiten nicht etwa aus besonderem britischen Patriotismus heraus, sondern sie wollen letzten Endes die ganze Erde unter die Herrschaft des bloßen Materialismus stellen.“ In dieser Tatsache haben wir die Ursache für den Verfall der Ethik zu suchen. Und wer glaubt, dass diese Entwicklungen auf Zufall beruhen, und nicht auf bewußter Planung, der ist eben in einem großen Irrtum befangen.

„S. 206: Das 8. Gebot ‚Du sollst nicht stehlen‘ spiegelt das Recht auf unantastbares Privateigentum. Es verbietet – in breiterer Ausführung – alles, was unseren eigenen materiellen Besitz (oder den unserer Nachbarn) in irgendeiner Weise beeinträchtigen würde. Dieser Schluß ist zwingend, denn etwas, das niemandem gehört, kann auch nicht gestohlen werden. ... S. 209: Außerdem: Nirgendwo in der Heiligen Schrift steht irgend etwas davon geschrieben, daß keinem etwas oder allen alles gehören sollte. Im Gegenteil! Das Eigentum wird in doppelter Weise (‘nicht stehlen‘ und ‚nicht begehren‘) durch strenges göttliches Gebot geschützt. Kein real existierender Staat der Erde und keine geschriebene Verfassung der Menschheitsgeschichte hat jemals einen derart absoluten, unbezweifelbaren und stringenten Eigentumsschutz deklaratorisch niedergelegt.“

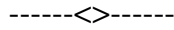
Kommentar D.R.: Es kommt mir sehr gelegen, dass R. Baader sich auch mit dem Zehn Geboten befaßt. Allein das vorstehende Zitat beweist, dass Kollektivierung mit den Geboten der Bibel nicht in Einklang gebracht werden kann. Jeder ehrliche Christ müßte demnach ein Gegner der Kollektivierung sein.

„S. 210: Daß die Bevölkerung – und insbesondere die Jugend – sich zunehmend gleichgültig gegenüber den beiden christlichen Kirchen verhält, ist gewiß keine Neuigkeit mehr. Wer sich darüber wundert, hat noch nicht gemerkt, daß die Botschaft der Kirchen kaum noch von der Programmatik der Linksparteien zu unterscheiden ist. Als fünfte oder sechste sozialdemokratische Partei Deutschlands aber ist Kirche in der Tat überflüssig. Und mit ihrer Verbeugung vor dem sozialsozialistischen Zeitgeist begehrt sie, um es in biblischer Metaphorik auszudrücken, den vierten Verrat des Petrus.

Der Sozialismus andererseits muß der Religion feindlich gesinnt sein, denn er beansprucht selber den Status einer Religion, und zwar der angeblich einzig wahren Religion. Besonders feindlich muß er Sozialismus der christlichen Religion gegenüberstehen, denn sein Grundgedanke ist die innerweltliche Selbsterlösung des Menschen; und damit ist er die radikale Antipode zur christlichen Lehre der außerweltlichen Erlösung durch Gott. Diejenigen Kirchenfunktionäre, die den Sozialismus – oder zumindest den Weichspüler-Sozialismus des Sozialstaates unterstützen, betreiben in Wahrheit das Geschäft der politischen Götzenpriester. ... Wenn es in Deutschland eine gesellschaftlich aktive Gruppierung gibt, die das Christentum besonders wirksam zerstört, dann sind es die Herren in den schwarzen Talaren selber.“

Kommentar D.R.: Wo hat die genannte Tatsache ihre Ursache? Ich muß hier wieder auf meine

diesebezüglichen Ausführungen in der „Geheimpolitik“ verweisen. Die Gegnerschaft des Vatikan gegen die Freimaurerei hat sich eben im Laufe der Zeit in eine Mitläuferschaft verwandelt. Es darf vermutet werden, dass sehr viele Mitglieder des Jesuitenordens und des Opus Dei Mitglieder in Freimaurerlogen sind. Wenn der Zug in Richtung Weltherrschaft abfährt, dann springen alle auf, die ähnliche Ziele haben – das alte Spiel.



Nun noch ein paar Zitate aus dem Buch „Kreide für den Wolf“:

„S. 152: ‘Moral’ setzt aber immer Verantwortlichkeit voraus; und Verantwortung ihrerseits kann es nur bei Freiheit der Entscheidung – also in *Freiheit* – geben. Freiheit der Entscheidung kann nur heißen: *Individuelle* Freiheit. ‘Moral’ ist also immer bezogen auf die Einzelpersönlichkeit. Somit kann ‘Kollektivmoral’ nicht existieren.“

Kommentar D.R.: Zusammen mit den Zitaten von S. 206/209 möchte ich hier darauf hinweisen, dass die wertvollste Frucht der menschlichen Entwicklung nach den okkulten Lehren die Ich-Entwicklung ist. Die aus den Logen heraus betriebene Kollektivierung durch die Förderung des Asozialismus in aller Welt ist somit ein Kampf gegen die Ich-Entwicklung, und im weiteren auch gegen den Christus-Impuls.

Ein Satz den man bedenken sollte: „Wo das Kapital frei ist, sind auch die Menschen frei, und wo das Kapital unterdrückt ist, sind auch die Menschen geknechtet (S. 215).“ Ein Blick auf die Menschenbehandlung in den sogenannten sozialistischen Staaten ist wohl Beweis genug für die Richtigkeit dieser Aussage.

Zur Abhängigkeit der Politik von den Gewerkschaften: „Damit ist nicht nur die wachsende Verflechtung zwischen Gewerkschaften einerseits und Parteien, Parlament und Exekutive andererseits gemeint (von den Abgeordneten des 11. Deutschen Bundestags waren zu Beginn des Jahres 1988 Gewerkschaftsmitglieder: 99% bei der SPD, 50% bei den Grünen, 38,5% Bei CDU/CSU, und 14,6% bei der FDP) (S. 242).“ Dazu paßt noch ein Abschnitt von Seite 251: Vor mehr als sechzig Jahren hat Ludwig von Mises schon geschrieben: ‘Das wichtigste Mittel der Politik des Destruktivismus ist ... die Gewerkschaft ... [Sie] hat sich zu einer Gewaltorganisation ausgebildet, die durch den Schrecken die ganze Gesellschaft in Schach hält, und vor deren Machtwort alle Gesetze und alle Rechte verblässen‘ Es ist mir eine Genugtuung, dass meine eigene Meinung über die Gewerkschaften eine solch starke Unterstützung erfährt.

„S. 303: Wenn der Sozialstaat in nicht allzu ferner Zukunft vor dem Bankrott stehen wird, weil er Verantwortungslosigkeit und Verschwendung prämiert und als ‘moralische’ Veranstaltung dekoriert hat, dann wird es tatsächlich zu einem unwürdigen, häßlichen und verzweifelten Krieg kommen:

Junge gegen Alte (Bankrott der sozialisierten Rentenversicherung),

Gesunde gegen Kranke (Zusammenbruch des sozialisierten Gesundheitswesens),

Arbeitslose gegen Arbeitsbesitzer (Kollaps der Arbeitslosenversicherung),

Geldbesitzer gegen Sachwertbesitzer (Inflation/Währungsreform),

Obdachlose gegen Sozialwohnungsbeleger (Zusammenbruch des freien Wohnungsmarktes),

Sozialabgabengeschröpfte gegen Schwarzarbeiter (Reguläre Arbeit lohnt sich nicht mehr).

‘Sozial’-Leviathan wird uns alle verschlingen. Genauer: Wir werden uns in seinem Namen gegenseitig zerfleischen.“

Kommentar D.R.: Das klingt nach Bürgerkrieg und ist die Vorstufe zu den Zuständen, die wir im Okkultismus als den „Kampf aller gegen Alle“ bezeichnen, durch den unser Zeitalter in ein paar tausend Jahren zugrunde gehen wird. Neue Ordnung aus dem Chaos!

Es gibt sogar auf Seite 309 ein Kapitel mit dem Titel „Das Geheimnis des Sozialismus“, in dem es u.a. heißt: „Letztlich ist der Sozialismus ein quasi-religiöses Phänomen. Im wahrsten Sinne eine Religion ohne Gott. ... Nicht ohne Grund tritt der Sozialismus überall in Verbindung mit dem Atheismus auf, bestenfalls in duldsamer Gleichgültigkeit. ... Fazit: Der Sozialismus – auch der ‘neue’ (Sozialsozialismus) – hat weitaus tiefere Wurzeln und viel gewaltigere Kräfte als wir alle glauben. Er ist mindestens so mächtig und so unbesiegbar wie die Dummheit, die Eitelkeit, der Aberglaube und die Furcht – zusammengenommen. *Niemand*, so kann man resümieren wird diese satanische Bombe in der Seele und im Gemüt des homo sapiens jemals entschärfen können; außer das einzelne freiheitsliebende Individuum für sich allein, in seinem *eigenen* Kopf und seinem *eigenen* Herzen.“

Kommentar D.R.: Ja, Roland Baader hat Recht, der Sozialismus hat tiefe Wurzeln, aber er selbst ist nicht bis dahin vorgedrungen. Er kann sich offenbar nicht vorstellen, dass nicht nur die religiösen Grundideen des Sozialismus, sondern auch seine Anwendung durch inzwischen ca. 150 Jahre auf einer von Logenbrüdern ausgeheckten bewußten Planung beruht.

Diese Tatsache muß aber unter allen Umständen begriffen werden, wenn sich an den negativen Zuständen etwas ändern soll. Das ‘einzelne freiheitliche Individuum’ wird nicht ausreichen. Denn nur diejenigen, die diese Pläne durchschauen und den Mut aufbringen sich so zu organisieren, wie es die Förderer des Asozialismus tun, werden das asoziale Verbrechen im Laufe der Zeit überwinden. Wo sind denn die schlagkräftigen Organisationen der Liberalen gegen den Machtmißbrauch? Ich kenne keine einzige!

Ich habe bei Roland Baader den Eindruck, daß seine Bücher aus ehrlichem Herzen geschrieben sind. Er ist bekennender Christ, hält aber nichts von Mystik. Nun, wer von Mystik nichts versteht, der wird aber auch den Inhalt von Logenritualen und die Organisation von Logen nicht verstehen, das liegt in der Natur der Sache. Da tatsächlich jeder Hinweis auf die verbrecherische Politik der Logen und Orden im Hintergrund fehlt, muß ich auch hier die Hauptfrage stellen: Welcher Loge oder entsprechenden Vereinigung gehört Herr R. Baader an? Es erscheint mir eben völlig unglaublich, daß ein politischer Autor bei seinen Recherchen niemals auf die Aktivitäten von mindestens hundert im Hintergrund der Politik wirkenden Logen und Orden stößt! Allein in Brüssel arbeiten 30 Logen am Untergang Mitteleuropas!

Trotz der aufgezeigten Mängel kann ich die beiden Bücher von Roland Baader als Ergänzung zu meiner „Geheimpolitik“ empfehlen, denn sie enthalten auch viele Einzelheiten über die wichtigen Themen der Schuldenpolitik, der Rentenversicherung, der Krankenversicherung, dem Arbeitsrecht und ähnliches, über das sich der Bürger im eigenen Interesse Gedanken machen sollte.



Nun ist mir noch ein Buch in letzter Zeit in die Hände gefallen, welches wichtige ergänzende Sätze zu den obengenannten Themen enthält. Es heißt „Ist Gott Mitläufer?“ von Hans-Georg von Studnitz.

Wer sich in der Bundesrepublik insbesondere hinter den Kulissen verbrüdet hat, dazu schreibt er: „Gestützt auf kirchliche Hilfsvölker, streben die Gewerkschaften Mitbestimmung und Sozialisierung der großen Betriebe an, die Überführung des Privateigentums in Geheimeigentum (S.75).“

Kommentar D.R.: Der Leser möge bitte beachten, was ich oben über die Lobbygruppen geschrieben habe. Es ist schon mehr als eigenartig, dass sich kirchliche Kreise für sozialistische Experimente einspannen lassen. Ein Verrat an Christus.

Ein kleiner Beitrag zur Charakterkunde: „S. 82: In Deutschland ist Eigentum noch immer Diebstahl, und dem Tüchtigen gehört keineswegs die Welt. Der Amerikaner bewundert den Reichen, der Deutsche beneidet ihn. Der unbegüterte Amerikaner kennt nur ein Ziel: es einmal dahin zu bringen, wo die Reichen sind. Der Deutsche denkt umgekehrt. Er wünscht den Reichen dorthin, wo er selbst ist. ... Übersteigert ließe sich sagen, dass die Gewerkschaftsführer einen Teil ihrer Energie darauf versenden, den Neid der Werktätigen am Leben zu erhalten.“

„S. 89: 1965 ergab eine demoskopische Umfrage, dass in der Bundesrepublik die Berufsgruppen evangelischer Pfarrer neben Volksschullehrern und Ärzten am stärksten mit dem Kommunismus

sympathisieren, eine Feststellung, die um so aufschlußreicher ist, als viele der der Wegbereiter des Nationalsozialismus gleicher Herkunft waren.“

Kommentar D.R.: Kommunismus und Nationalsozialismus waren sich gleich in der Ausschaltung des Ich, des Individuums, in der brutalen Erpressung der Bürger. Wenn Pfarrer mit einer solchen Gesinnung sympathisieren, dann wirft das ein Licht auf ihre Charaktere und die Frage auf, ob sie nicht den Beruf verfehlt haben.

„S. 123: Politisch hält die Kirche mehr Macht in den Händen als die Parteien, publizistisch übt sie einen größeren Einfluß aus als die in privathand befindliche Presse.“

Kommentar D.R.: Wenn somit die Kirchen den Asozialismus unterstützen, ist das gravierender, als der Einfluß der Parteien.

Es gibt noch etliche interessante Themenkomplexe im Werk von Studnitz, z. B. die Kirchensteuer und ähnliches, worüber ich hier aber nicht weiter berichten will, um diese kleine Studie nicht zu umfangreich werden zu lassen.

Es ist zu wünschen, dass junge Menschen diese Ausführungen in die Hand bekommen, sich anregen lassen zu einem Studium der angesprochenen Themen, um für ihr eigenes Leben besser gerüstet zu sein. Es ist heute gefährlich geworden, sich der Interesselosigkeit zu überlassen, denn die Schäden am sozialen Organismus werden nicht von alleine verschwinden. Da ist Tatkraft gefragt – und zwar soziale Tatkraft!

Wuppertal, 3. Januar 2006
Dieter Rüggeberg

Buchempfehlungen neben der „Geheimpolitik“

Sozialpolitik, Geldpolitik:

*

Von Arnim, Hans Herbert:

„**Vom schönen Schein der Demokratie** — Politik ohne Verantwortung - am Volk vorbei“. (ISBN 3-426-27204-0, München 2000)

„**Fetter Bauch regiert nicht gern**“

(ISBN 3-463-40323-4, München 1997)

„**Staat ohne Diener**“ ISBN 3-463-40224-6, München 1993

Der Staat als Beute - Wie Politiker in eigener Sache Gesetze machen. ISBN 3-426-80014-4, München 1993

Diener vieler Herren - Die Doppel- und Dreifachversorgung von Politikern. ISBN 3-426-77372-4, München 1998

„**Das System**“. ISBN 3-426-77658-8, München 2004

*

Baader, Roland:

„**Kreide für den Wolf**“ - Die tödliche Illusion vom besiegten Sozialismus. (ISBN 3-925434-47-X > Böblingen 1991)

„Die belogene Generation - politisch manipuliert statt zukunftsfähig informiert.“ (ISBN 3-930039-67-2 > Gräfeling 1999)

*

Bandulet, Bruno:

Infodienst = „Deutschlandbrief“

„**Was wird aus unserem Geld?**“

(ISBN 3-7844-7347-4, München 1997)

„**Die Rückseite des Wunders**“

(ISBN 3-8004-1218-7, München 1990)

„**Tatort Brüssel**“ (ISBN 3-7833-7399-7, München 1999)

*

Urs Bernetti:

„**Das Deutsche Grundgesetz**“

ISBN 3-9520669-1-5, Verlag Neue Visionen 1994)

*

Lutzius, Franz:

Beamtenstaat - Staatsgesellschaft der Unkündbaren

ISBN 3-925455-00-0, Populär Verlag, Essen 1985

*

Martin, Paul C.: Zahlmeister Deutschland

(ISBN 3-7844-7247-8, München 1991)

*

Die Krisenschaukel

(ISBN 3-7844-7389-X, München 1997)

*

Meier-Bergfeld, Peter:

Staats(ver)diener? (Der öffentliche Dienst)

(ISBN 3-7201-5166-2, Zürich 1983)

Über das deutsche Kastensystem.

*

Steiner, Rudolf:

Die Kernpunkte der sozialen Frage
(R. Steiner Verlag, Dornach)

*

Studnitz., Hans-Georg von
Ist Gott Mitläufer?
(Seewald Verlag, 1969)

*

Weltpolitik:

*

Bardon, Franz: Frabato (ISBN 3-921338-26-3)
Die einzige Beschreibung von Aktivitäten der schwarzmagischen 99-er Logen

*

Findley, Paul: Die Israel Lobby (ISBN 3-86118-015-4, VGB-Verlagsgesellschaft Berg 1992)
Wie man Volksvertreter zur Durchführung der Volksmeinung zwingt.

*

Irving, David: Der Morgenthau-Plan 1944/45. (Faksimile-Verlag, Wieland Sojka, Bremen 1986)
Vernichtungsplan gegen Deutschland.

*

Kardel, H.: Adolf Hitler – Begründer Israels
(Marva Verlag, Genf, 1974)

*

Kaufman, Theodore N.: Deutschland muß vernichtet werden. (Faksimile-Verlag, Bremen o.J.)
Vernichtungsplan gegen Deutschland.

*

Kern, Erich (Hrsg.): Verheimlichte Dokumente. (FZ-Verlag, München 1988)

*

Nawratil, Heinz: Vertreibungsverbrechen an Deutschen
(ISBN 3-548-33084-3, München 1982)

*

Pool, James und Suzanne: Hitlers Wegbereiter zur Macht.
(Scherz Verlag, Bern und München 1980) Gut recherchierte Studie.

*

Perdelwitz, Wolf/Bremer, Heiner: Geisel Europa (ISBN 3-88395-436-5, Berlin 1981)
Atombombenerpressung seit 1948

*

Die Protokolle der Weisen von Zion. (ISBN 3-89244-191-X, Wallstein Verlag, Göttingen 1998)

*

Reed, Douglas: The Controversy of Zion. (Torrance 1985)

*

Ritter, Thomas: USA - Der lächelnde Kannibalismus. (ISBN 3-926688-20-3, Niddatal 1988)

*

Studnitz, Hans-Georg von: Ist Gott Mitläufer? (Seewald-Verlag, Stuttgart 1969)

*

Sutton, Antony C.: Wall Street and the Rise of Hitler. (76 Press, Seal Beach 1966)

*

Sutton, Antony C.: America's Secret Establishment.
(Liberty House Press, Billings 1986)

*

Sutton, Antony C.: Wall Street and the Bolshevik Revolution.
(Veritas Publishing Company, Morley, Australia 1981)

*

Weliczker Wells, Leon: Und sie machten Politik. Die amerikanischen Zionisten und der Holocaust.
(ISBN3-926901-18-7, Knesebeck & Schuler, München 1989)

*

Wenn nicht mehr aufgelegt, manchmal noch erhältlich über Antiquariate, z. Beispiel bei:

www.zvab.com

www.abebooks.de

Internet:

*

www.bohrwurm.net

www.forum-renten.de

Über die Ausplünderung der Rentenkassen.

*

www.steuerwaechter.de

Bund der Steuerzahler / Schuldenuhr der BRD.

*

www.toko-hagen.de

E-mail: kontakt@toko-hagen.de

(sehr gute Beiträge)

*

www.wirtschaftsverbrechen.de

*

www.zeitreport.de

Deutscher Bundesverband für Steuer-, Finanz- und Sozialpolitik.

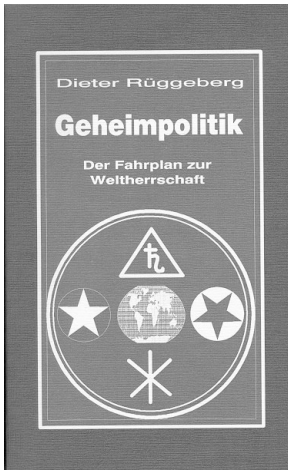
(sehr gut, z. B. über Cross-border-leasing)

<<>>

Zur Ergänzung empfohlen:

Dieter Rüggeberg

Geheimpolitik **Der Fahrplan zur Weltherrschaft**



Die „Protokolle der Weisen von Zion“ als Mittel anglo-amerikanischer Machtpolitik und die dahinterstehenden Interessengruppen. Kirchen, Logen und Orden im Kampf um die politische Macht.

Rudolf Steiners Ausführungen zu den Plänen anglo-amerikanischer Geheimgesellschaften zur Durchführung sozialistischer Experimente in Rußland und zur Vernichtung Mitteleuropas.

Die Verbindungen zwischen der Geheimgesellschaft Rhodes/Milner, dem Orden „Skull & Bones“ und dem Vatikan. Wall-Street und die Finanzierung des Nationalsozialismus. Die Verschwörung gegen Deutschland: vom Versailler Vertrag über den Morgenthau-Plan und Deutschlandvertrag bis zum Zwei-plus-Vier-Vertrag.

Die Vernichtungspläne gegen Mitteleuropa, gemäß jenen berüchtigten „Protokollen der Weisen von Zion“, in denen es heißt: „Wenn ihr Kreis geschlossen ist, werden alle Staaten Europas in ihren Ringen eingeschlossen sein wie in einem Schraubstock“. Die „Protokolle“ als Hintergrund der „Neuen Welt-Ordnung“ internationaler Verschwörer. Ursachen und Hintergründe für den Zusammenbruch der Sowjetunion und die Vorbereitungen für den 3. Weltkrieg. **Ein Buch für den vollen politischen Durchblick.**

5. erweiterte Auflage 2000, 273 Seiten, kart., € 15,20

Dieter Rüggeberg

Geheimpolitik - 2

Logen - Politik

Aus dem Inhalt: Ergänzungen zu den „Protokollen“. Historisches zur Freimaurerei. Freimaurerei und Weltanschauung im Hinblick auf Idealismus und Materialismus. Hochgradlogen, mit umfassenden Ausführungen zum „Schottischen Ritus“. Logenzweige - ein Labyrinth. Freimaurerei und Politik. Aus der Trickkiste. Biographisches – mit besonderer Berücksichtigung ‚berühmter‘ Freimaurer dieses Jahrhunderts.

3. Auflage 2003, 317 Seiten, kt., € 15,20

-----<>-----

Haben Sie schon mal etwas über 99er-Logen gehört?
Wenn nicht, dann sollten Sie den Tatsachenroman „Frabato“ lesen.

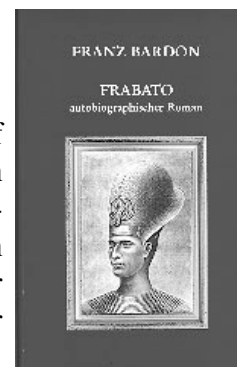
Franz Bardon

Frabato

Autobiographischer Roman

Der Roman schildert wichtige Lebensabschnitte von Franz Bardon, die sich auf seine besondere Mission für die Entwicklung der Menschheit beziehen. Zwischen weißen und schwarzen Magiern kommt es im Laufe der Handlung zu unerbittlichem Kampf. Es werden die intimsten Praktiken schwarzmagischer 99er-Logen beschrieben. Informationen über den Tempel Schambhala (Das "Haus der Mitte"), die Arbeit der "weißen Loge", die Weltregierung, und die Hierarchie der Eingeweihten.

4. Aufl., 200 Seiten, 12 Abb. geb., € 15,20



Im gleichen Verlag sind erschienen:

Franz Bardon

Der Weg zum wahren Adepten

Das Geheimnis der ersten Tarot-Karte. Ein Lehrgang der Magie in 10 Stufen. Theorie und Praxis.

Über die Elemente Feuer, Luft, Wasser und Erde. Das Licht. Das Akasha- oder Äther-Prinzip. Karma, das Gesetz von Ursache und Wirkung. Die Seele oder der Astralkörper. Der Geist oder Mentalkörper. Religion. Gott.

Schaffung von Elementalen. Die Entwicklung der astralen Sinne mit Hilfe der Elemente: Hellsehen, Hellhören, Hellfühlen. Die Praxis des geistigen Wanderns. Herstellung eines magischen Spiegels. Der magische Spiegel in der Praxis: Hellsehen, Fernwirkungen, Projektionsarbeiten. Magische Ladung von Talismanen. Die Erhebung des Geistes in höhere Welten oder Sphären. Kontakt mit geistigen Wesen. Eine mehrfarbige Abbildung der ersten Tarot-Karte.

ISBN 3-921338-30-1

21. Auflage, 393 Seiten, Leinen

Franz Bardon

Die Praxis der magischen Evokation

Das Geheimnis der 2. Tarot-Karte. Anleitung zur Anrufung von geistigen Wesen der kosmischen Hierarchie. Der Verfasser berichtet aus eigener Erfahrung.

Magische Hilfsmittel: Der magische Kreis. Das magische Dreieck. Das magische Räuchergefäß. Der magische Spiegel. Die magische Lampe. Der magische Stab. Das magische Schwert, usw.

Teil II: Hierarchie (Namen, Siegel und Beschreibungen von mehr als 600 geistigen Wesen der Hierarchie):

Teil III: Abbildungen – Namen und Siegel geistiger Wesen. Eine mehrfarbige Abbildung der zweiten Tarot-Karte.

ISBN 3-921338-31-X

560 Seiten, Leinen

Franz Bardon
Der Schlüssel zur wahren Kabbalah

Das Geheimnis der 3. Tarotkarte - die Magie des Wortes. Die kosmische Sprache in Theorie und Praxis. Der Kabbalist als vollkommener Herrscher im Mikro- und Makrokosmos.

Theorie: Der Mensch als Kabbalist. Die Analogiegesetze. Das magisch-kabbalistische Wort. Die Mantras. Die Tantras. Die Zauberformeln. Kabbalistische Magie.

Praxis: Buchstabenmystik. Die zehn kabbalistischen Schlüssel. Tetragrammaton: Jod-He-Vau-He.

Formelmagie: Das kabbalistische Alphabet. Der Zweier-Schlüssel. Der Gebrauch des Dreier- und Vierer-Schlüssels. Die Formeln der Elemente. „Zu allen Zeiten war derjenige, den man als den *Herrn des Wortes* bezeichnete, stets der höchste Eingeweihte, der höchste Priester, der wahre Vertreter Gottes.“ Weltweit das einzige Lehrbuch der praktischen Kabbalah.

ISBN 3-921338-27-1 / 309 Seiten, 2 Abb., Leinen

*

Rüggeberg-Verlag
Postfach 130844
D-42035 Wuppertal
Internet: www.geheimpolitik.de

Stand vom: 9. Januar 2006

